NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Rhodt unter Rietburg vom Dienstag, dem 28.02.2023, im Durlacher Hof Rhodt

Mitglieder:

Anwesend:

Bemerkungen:

Ortsbürgermeister Pister, Armin	Vorsitzender
Erster Beigeordneter Fader, Knut	
Dr. Engel, Torsten	
Fleck, Thomas	
Götz, Rainer	
Fraktionsvorsitzende Hener, Nicole	
Dr. Schmucker, Axel	
Schöfer, Felix	
Schreiner, Thomas	
Wolff, Christian	bis TOP 6
Zimmermann, Annika	
Seelos, Peter	

Abwesend:

Beigeordneter Blank, Matthias	
Fraktionsvorsitzende Dr. Heintz-Gehm, Birgit	
König, Stefanie	
Pister, Roland	
Schreiner, Daniela	

Nicht stimmberechtigt:

Anwesend:

Beigeordnete Messerschmidt, Anette	
------------------------------------	--

Für die Verwaltung:

Verwaltungsfachangestellte Matz, Lisa	Schrifführerin
Verbandsgemeindesekretärin Übel, Celine	
Dipl.Ing. Zörcher, Klaus	bis einschließlich TOP 4

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung des Gemeinderates Rhodt unter Rietburg fest, welche jedem Mitglied fristgemäß zugestellt wurde.

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gemacht.

Beginn der Sitzung: 19:35 Uhr

Ende: 22:16 Uhr

TAGESORDNUNG :

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einwohnerfragestunde
2. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 55, 56
3. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 11/3
4. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 485
5. Erlass einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
 - Ermächtigung des Ortsbürgermeisters zur Auftragsvergabe
 - Ermächtigung des Ortsbürgermeisters zur Ausübung des Vorkaufsrecht
 - Aufwandsentschädigung der Beigeordneten
6. Resolution Kerosin-Ablässe über dem Pfälzerwald
7. Förderprogramm des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft "Klimaangepasstes Waldmanagement"
8. Informationen

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Ortsbürgermeister Pister den Tagesordnungspunkt

5 „Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 88/5, 88/6“

von der Tagesordnung abzusetzen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 55, 56

Sach- und Rechtslage:

Für das Vorhaben Errichtung eines Carports, Theresienstraße auf den Flurstücks-Nr. 55, 56 ist am 27.01.2023 ein Bauantrag eingegangen.

Das Vorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich der Ortsgemeinde Rhodt u.R.

Weiterhin liegt das Vorhaben im Bereich der Gestaltungssatzung und der Denkmalzone und bedarf der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde bei der Kreisverwaltung SÜW.

Gemäß vorliegender Planung ist an der östlichen Grundstücksgrenze die Errichtung eines Carports mit einer Breite von 4,17 m und einer Tiefe von 8,23 m mit Satteldach und einer Dachneigung von 30 Grad geplant. Die Dacheindeckung soll mit alten Biberschwänzen aus einem Scheunenabriss erfolgen.

Im Süden ist eine Traufhöhe von 3,20 m und eine Firsthöhe von 4,73 m und im Norden ist eine Traufhöhe von 2,60 m und eine Firsthöhe von 4,13 m geplant.

Gemäß § 6 der Gestaltungssatzung müssen Dachneigungen zwischen 38 Grad und 48 Grad betragen.

Das geplante Satteldach ist mit einer Dachneigung von 30 Grad geplant.

Die Ortsgemeinde hat über die Abweichung zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Vorhaben erteilt werden kann.

Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Dorfplaner Zörcher erläutert das Bauvorhaben anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

☐	Im Haushalt stehen Haushaltsmittel zur Verfügung:
Buchungsstelle:	€
☐	Im Haushalt sind keine Mittel veranschlagt. Ein entsprechender Deckungsbeschluss ist zu fassen.
☒	Der Beschluss hat keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen.
☐	Gesonderte Stellungnahme Fachbereich Finanzen:

Beschluss:

Der beantragten Abweichung Dachneigung wird nicht zugestimmt.

Der Ortsgemeinderat erteilt nicht das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Vorhaben.

Der Gemeinderat gibt dem Antragsteller den Hinweis, dass die Ausführung des Bauantrags keine genügende Aussagekraft hergibt. Insbesondere was die Zufahrt Carport anbelangt.

Beratungsergebnis:

Ausschließungsgründe sind zu beachten: Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☒	Einstimmig	☐	Mit Stimmenmehrheit		
☒	davon Enthaltungen:1		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
☐	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung):				
☐	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen: <i>Name Ratsmitglied</i>				
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:				
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.				
☐	Bemerkung:				

3. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 11/3

Sach- und Rechtslage:

Für das Vorhaben Errichtung einer PV-Anlage und einer Solarthermieanlage, Theresienstraße auf der Flurstücks-Nr. 11/3 ist am 30.01.2023 ein Bauantrag eingegangen.

Das Vorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich der Ortsgemeinde Rhodt u.R.

Weiterhin liegt das Vorhaben im Bereich der Gestaltungssatzung und der Denkmalzone bzw. das Gebäude ist denkmalgeschützt und bedarf der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde bei der Kreisverwaltung SÜW.

Gemäß vorliegender Planung ist auf dem Süddach die Errichtung einer PV-Anlage mit einer Breite von 7,08 m und einer Höhe von 2,23 m und einer Breite von 2,23 m und einer Höhe von 3,49 m geplant.

Die Solarthermieanlage hat eine Breite von 2,34 m und eine Höhe von 2,17 m.

Gemäß § 7 (5) der Gestaltungssatzung sind Solarzellen, Sonnenkollektoren und Anlagen zur Stromerzeugung unzulässig.

Sie können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn Sie von den historischen Straßenzügen und deren Eingangs- und Kreuzungsbereichen der Ortsgemeinde Rhodt u.R. nicht sichtbar sind, d.h. von historischen Straßen aus gesehen, von keiner Seite sichtbar.

Zu den historischen Straßen zählen: Theresienstraße, Weinstraße, Edesheimer Straße, Weyherer Straße, sowie der Stich Herrengasse von der Weinstraße bis zum Pfarrhaus und die Gasse von der Weinstraße zur Gaststätte „Alte Schmiede“.

Dabei sind die Solarzellen bzw. Sonnenkollektoren parallel, nahe der Dachfläche anzubringen, oder in die Dachfläche zu integrieren. Weiterhin sind diese Module in dunkler Gestalt und dunklem Rahmen, oder farblich an die Dachfläche angepasst, auszuführen (beispielsweise monokristalline Zellen).

Die Ortsgemeinde hat über die Ausnahme zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Vorhaben erteilt werden kann.

Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Dorfplaner Zörcher erläutert das Bauvorhaben anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

☐	Im Haushalt stehen Haushaltsmittel zur Verfügung:
Buchungsstelle:	€
☐	Im Haushalt sind keine Mittel veranschlagt. Ein entsprechender Deckungsbeschluss ist zu fassen.
☒	Der Beschluss hat keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen.
☐	Gesonderte Stellungnahme Fachbereich Finanzen:

Beschluss:

Der beantragten Ausnahme Errichtung PV Anlage und Solarthermieanlage wird zugestimmt.

Der Ortsgemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Vorhaben.

Beratungsergebnis:

Ausschließungsgründe sind zu beachten:

Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☒	Einstimmig	☐	Mit Stimmenmehrheit	
☐	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
☐	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung):			
☐	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen: <i>Name Ratsmitglied</i>			
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:			
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.			
☐	Bemerkung:			

4. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 485

Sach- und Rechtslage:

Für das Vorhaben Änderung an bestehendem Gebäude, Theresienstraße auf der Flurstücks-Nr. 485 sind am 26.01.2023 Änderungspläne eingegangen.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des einfachen Bebauungsplans „Theresienstraße Nord“ der Ortsgemeinde Rhodt u.R.

In der Bauausschusssitzung der Ortsgemeinde Rhodt u.R. wurde am 05.12.2022 über die Bauantrag wie folgt beraten:

Für das Vorhaben Änderung am bestehenden Gebäude, Theresienstraße auf der Flurstücks-Nr. 485 ist am 06.10.2022 ein Bauantrag eingegangen.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Theresienstraße Nord“ einfacher Bebauungsplan der Ortsgemeinde Rhodt u.R.

Weiterhin liegt das Vorhaben im Bereich der Gestaltungssatzung, Denkmalzone und das betreffende Gebäude ist im Verzeichnis der Kulturdenkmälern der Kreisverwaltung SÜW geführt (Renaissance-Torbogen, bez. 1597).

Gemäß § 2 (2) der Gestaltungssatzung bleiben alle Einzelgebäude von dieser Satzung unberührt, die als Kulturdenkmäler im nachrichtlichen Verzeichnis der Kulturdenkmälern für den Kreis SÜW erfasst sind oder noch werden und deren Veränderung grundsätzlich der Genehmigung durch die Kreisverwaltung, Untere Denkmalschutzbehörde, nach dem Denkmalschutzgesetz bedürfen.

Der Planer teilt folgendes mit:

Erdgeschoss:

Der Grundriss (WE 1) wird geringfügig geändert. Im hinteren Gebäudeteil (WE 2) der bisher als Keller genutzt wurde, wird der Boden um 65 cm abgesenkt und es entsteht eine 3 Zimmer Wohnung.

In die Garage und die Scheune im hinteren Grundstücksbereich wird das EG einer neuen Wohnung eingebaut und eine Terrasse angelegt.

Obergeschoss:

Im Haupthaus werden die Grundrisse geändert, und es entstehen 2 Wohnungen. Die Garage und die Scheune im hinteren Bereich werden aufgestockt und zum OG der neuen Wohnung ausgebaut.

Dachgeschoss:

Das DG im Haupthaus wird ausgebaut es entstehen 2 Wohnungen. Das neue DG auf der Garage und Scheune werden als 3. Wohnebene der neuen Wohnung ausgebaut. Der Dachstuhl vom Hauptgebäude wird erneuert, Dachdeckung wie Bestand. Es werden 13 Dachflächenfenster eingebaut. Der Dachstuhl auf der Garage und Scheune wird erneuert, Dachdeckung wie Haupthaus.

Ansicht Nord:

Die Giebfenster werden vergrößert, da sie teilweise als 2. Rettungsweg benötigt werden.

Ansicht West:

Fenster EG WE 2 zum Hof wird als 2. Rettungsweg vergrößert. Fenster OG WE 4 wird als 2. Rettungsweg vergrößert.

Ansicht Süd:

Im EG werden 2 Terrassentüren eingebaut. OG, DG und Dachstuhl neu.

Ansicht Ost:

Im EG und OG werden 4 Fenster vergrößert.

Gemäß 1.7 des Bebauungsplans sind maximal zwei Wohnungen je Wohngebäude zulässig. In Wohngebäuden ist je angefangenen 100 m² Grundstücksfläche maximal eine Wohnung zulässig. Unabhängig davon dürfen bestehende Nebengebäude zu Wohngebäuden umgenutzt werden, soweit sie sich innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen befinden. Dabei ist je angefangene 100 m² Nutzfläche der bestehenden Nebengebäude maximal eine Wohneinheit zulässig.

Insgesamt sind 7 Wohneinheiten geplant für die 14 Stellplätze nachzuweisen wären. 3 Stellplätze können nachgewiesen, so dass 12 Stellplätze abzulösen wären.

Die Ortsgemeinde hat über die Abweichung Anzahl der Wohneinheiten zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat über die Ablöse der 12 Stellplätze zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zum Vorhaben erteilt werden kann.

Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Der beantragten Befreiung Anzahl Wohneinheiten wird nicht zugestimmt.

Der Ablöse von 12 Stellplätzen wird nicht zugestimmt.

Der Ortsgemeinderat erteilt nicht das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Vorhaben.

Nach der ursprünglichen Planung waren 7 Wohneinheiten geplant. Die 2 Wohnungen im Dachgeschoss entfallen und somit sind jetzt 5 Wohnungen vorgesehen, was jedoch weiterhin der Festsetzung 1.7 des Bebauungsplans widerspricht.

Gemäß 1.7 des Bebauungsplans sind maximal zwei Wohnungen je Wohngebäude zulässig. In Wohngebäuden ist je angefangenen 100 m² Grundstücksfläche maximal eine Wohnung zulässig. Unabhängig davon dürfen bestehende Nebengebäude zu Wohngebäuden umgenutzt werden, soweit sie sich innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen befinden. Dabei ist je angefangene 100 m² Nutzfläche der bestehenden Nebengebäude maximal eine Wohneinheit zulässig.

Für diese wären 10 Stellplätze erforderlich, 2 Stellplätze können nachgewiesen werden, so dass 8 Stellplätze abgelöst werden müssen.

Der erforderliche Spielplatz soll ebenfalls nach Mitteilung des Planers abgelöst werden.

Die Ortsgemeinde hat über die Abweichung Anzahl Wohneinheiten zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat über die Ablöse der 8 Stellplätze zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat über die Ablöse des Spielplatzes zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Vorhaben erteilt werden kann.

Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Dorfplaner Zörcher erläutert das Bauvorhaben anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

☐	Im Haushalt stehen Haushaltsmittel zur Verfügung:
Buchungsstelle:	€
☐	Im Haushalt sind keine Mittel veranschlagt. Ein entsprechender Deckungsbeschluss ist zu fassen.
☒	Der Beschluss hat keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen.
☐	Gesonderte Stellungnahme Fachbereich Finanzen:

Beschluss:

Der beantragten Abweichung Anzahl Wohneinheiten wird nicht zugestimmt.

Der beantragten Ablöse der 8 Stellplätze wird nicht zugestimmt.

Der beantragten Ablöse des Spielplatzes wird nicht zugestimmt.

Der Ortsgemeinderat erteilt nicht das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Vorhaben.

Der Gemeinderat gibt dem Bauherrn die Hinweise, 4 Wohneinheiten zu genehmigen, das Zwerchhaus passt äußerlich nicht in die Umgebung hinein.

Beratungsergebnis:

Ausschließungsgründe sind zu beachten: Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☒	Einstimmig	☐	Mit Stimmenmehrheit		
☐	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
☐	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung):				
☒	Ein Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen: <i>Name Ratsmitglied: Annika Zimmermann</i>				
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:				
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.				
☐	Bemerkung:				

5. **Erlass einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung**
- Ermächtigung des Ortsbürgermeisters zur Auftragsvergabe
- Ermächtigung des Ortsbürgermeisters zur Ausübung des Vorkaufsrecht
- Aufwandsentschädigung der Beigeordneten

Sach- und Rechtslage:

Die Hauptsatzung vom 27.08.2019 mit der Änderung vom 28.02.2020 soll geändert werden. Folgende Änderungen sind vorgesehen:

§ 4 Zif. 1	Wird wie folgt geändert: Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 5.000 EUR (bisher: 3.000 EUR) im Einzelfall;
§ 4 Zif. 5	Die Ziffer 5 wird wie folgt ergänzt: Die Ausübung des Vorkaufsrechts nach dem BauGB und DSchG.
§ 9 Abs. 2	Der Absatz 2 wird wie folgt geändert: Dem Ersten Beigeordneten, dem ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20% der dem Ortsbürgermeister zustehenden monatlichen Aufwandsentschädigung gewährt. Die weiteren Beigeordneten, denen ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen

	ist, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von jeweils 20% (bisher: 10%) der dem Ortsbürgermeister zustehenden monatlichen Aufwandsentschädigung.
--	--

Alle sonstigen bisherigen Regelungen bleiben unverändert.

Die Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung bedarf der **Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderates** (§ 25 Abs. 2 GemO). Die gesetzliche Zahl der Mitglieder beträgt 17 (16 Ratsmitglieder plus Vorsitzender), sodass für die Mehrheit im o.g. Sinne mindestens **9 Ja-Stimmen** erforderlich sind.

Da die Änderung der Hauptsatzung Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung der Beigeordneten enthält (vgl. § 9 Abs. 2), sind gemäß §§ 36 Abs. 3 Satz 2, 22 Abs. 1 GemO **zwei Abstimmungen erforderlich**. Zunächst ist ohne die Stimme des Vorsitzenden über den § 9 Abs.2 der Hauptsatzung (Aufwandsentschädigung der Beigeordneten) abzustimmen, sodann über die restlichen Bestimmungen.

Bei der Beschlussfassung über § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung beträgt die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Gemeinderates 16 (16 Ratsmitglieder ohne Vorsitzender), sodass für die Mehrheit im o.g. Sinne ebenfalls mindestens **9 Ja-Stimmen** erforderlich sind.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

☐ Im Haushalt stehen Haushaltsmittel zur Verfügung:	
Buchungsstelle:	€
☐ Im Haushalt sind keine Mittel veranschlagt. Ein entsprechender Deckungsbeschluss ist zu fassen.	
☒ Der Beschluss hat keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen.	
☐ Gesonderte Stellungnahme Fachbereich Finanzen:	

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung in § 4 Zif. 1 der Hauptsatzung in der vorliegenden Fassung.

Beratungsergebnis 1:

Ausschließungsgründe sind zu beachten:

Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☐	Einstimmig	☒	Mit Stimmenmehrheit	
☐	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen 7	Nein-Stimmen 2	Enthaltungen 2
☒	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung): Die Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderates (= 9 Ja –Stimmen). Daher bleibt die Wertgrenze bei 3.000,00 EUR, für die Vergabe von Aufträgen und Arbeiten durch den Ortsbürgermeister, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.			
☐	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen: <i>Name Ratsmitglied</i>			
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:			
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.			
☐	Bemerkung:			

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt die Ergänzung in § 4 Zif. 5 der Hauptsatzung in der vorliegenden Fassung.

Beratungsergebnis 2:

Ausschließungsgründe sind zu beachten: Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☒	Einstimmig	☐	Mit Stimmenmehrheit	
☒	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	4			
☒	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung): Die Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderates (= 9 Ja –Stimmen). Daher wird die Hauptsatzung nicht um den § 4 Zif. 5 ergänzt. Somit kann der Ortsbürgermeister weiterhin nicht das Vorkaufsrecht nach BauGB und DSchG ausüben.			
☐	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen: <i>Name Ratsmitglied</i>			
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:			
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.			
☐	Bemerkung:			

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung in § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung in der vorliegenden Fassung. An dieser Beschlussfassung nimmt Ortsbürgermeister Pister gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 GemO nicht teil.

Beratungsergebnis 3:

Ausschließungsgründe sind zu beachten: Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☐	Einstimmig	☒	Mit Stimmenmehrheit	
☐	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen 6	Nein-Stimmen 1	Enthaltungen 2
☒	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung): Die Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderates (= 9 Ja –Stimmen). Daher bleibt die Aufwandsentschädigung der weiteren Beigeordneten, denen ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, bei 10 % von der dem Ortsbürgermeister zustehenden monatlichen Aufwandsentschädigung.			
☒	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen: <i>Fader, Knut sowie Messerschmidt, Anette</i>			
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:			
☒	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.			
☐	Bemerkung:			

6. Resolution Kerosin-Ablässe über dem Pfälzerwald

Ortsbürgermeister Pister nimmt zu der Resolution „Kerosin-Ablässe über dem Pfälzerwald“ Stellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt sich der Resolution anzuschließen.

Beratungsergebnis:

Ausschließungsgründe sind zu beachten: Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☒	Einstimmig	☐	Mit Stimmenmehrheit	
☐	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
☐	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen:			
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:			
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.			
☐	Bemerkung:			

**7. Förderprogramm des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft
"Klimaangepasstes Waldmanagement"**

Sach- und Rechtslage:

Klimaschutz und Anpassung der Wälder an den Klimawandel sind eine nationale Aufgabe von gesamtgesellschaftlichem Interesse. Dem Erhalt der Wälder als wichtige Kohlenstoffspeicher und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Um Waldbesitzende finanziell zu unterstützen diese wichtige Aufgabe zu meistern, fördert die Bundesregierung diese Ziele mit einer Zuwendung für ein "Klimaangepasstes Waldmanagement".

In der Sitzung des Forstzweckverbandes Modenbach vom 15. Februar 2023 hat Revierleiter Kaber sowie Vertreter des Forstamtes Haardt die Verbandsmitglieder ausführlich über die Förderrichtlinie, die Kriterien und die Fördergelder informiert. Die Vertreter der Gemeinden Burrweiler, Edesheim, Hainfeld, Rhodt, Roschbach und Weyher haben einstimmig für eine Beteiligung an dem Förderprogramm gestimmt.

Am 16.02.2023 hat die Verbandsgemeinde, im Auftrag des Forstzweckverbandes Modenbach für oben genannten Gemeinden die Bundesfördermittel beantragt.

Die Fördermittel werden voraussichtlich auf zehn Jahre jährlich in folgender Höhe ausbezahlt:

Burrweiler	37.740 €
Edesheim	68.864 €
Hainfeld	36.670 €
Rhodt	65.136 €
Roschbach	15.910 €
Weyher	37.120 €

Da die entsprechenden Aufwendungen im Sinne der Förderrichtlinie vom Forstzweckverband durchgeführt werden, fließen die Fördergelder in den Haushalt des Forstzweckverbandes. Holzernte und Holzvermarktung können trotz beantragter Fördermittel wie in der Vergangenheit fortgeführt werden. Die Fördergelder kommen so direkt dem Wald und über den Forsthaushalt auch den Gemeindehaushalten zugute.

Mit einer Bewilligung der Förderanträge ist in den nächsten Monaten zu rechnen.

Das Forstamt Haardt sowie die Verbandsversammlung des Forstzweckverband Modenbach empfehlen dem Gemeinderat die Beantragung der Förderung für das Jahr 2023 sowie der darauffolgenden Jahre. Die Beantragung erfolgt durch den FZV Modenbach für die Gemeinde.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

☐	Im Haushalt stehen Haushaltsmittel zur Verfügung:
Buchungsstelle:	€
☐	Im Haushalt sind keine Mittel veranschlagt. Ein entsprechender Deckungsbeschluss ist zu fassen.
☒	Der Beschluss hat keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen.
☐	Gesonderte Stellungnahme Fachbereich Finanzen:

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der o.g. Empfehlung zu.

Beratungsergebnis:

Ausschließungsgründe sind zu beachten: Ja Nein

Die Beschlussfassung erfolgte:

☒	Einstimmig	☐	Mit Stimmenmehrheit	
☐	davon Enthaltungen:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
☐	Konsequenz aus Beschlussvorschlag und Beratungsergebnis (Konsequenz zur Klarstellung):			
☐	Ratsmitglied hat wegen § 22 Abs. 1 GemO nicht teilgenommen und zuvor im Zuhörerbereich Platz genommen / den Sitzungsraum verlassen: <i>Name Ratsmitglied</i>			
☐	Ratsmitglied hat freiwillig auf Teilnahme verzichtet:			
☐	Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 36 Abs. 3 GemO.			
☐	Bemerkung:			

8. Informationen

Ortsbürgermeister Pister informiert den Gemeinderat über den Start der meinOrt-App von der Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben.

Erster Beigeordneter Fader informiert den Gemeinderat darüber, dass der Gemeindediener am Feuerwehrhaus einen Platz für Glas- und Altkleider-Container errichtet.

	Datum	Unterschrift
Vorsitzender: Ortsbürgermeister		
Schriftführerin		